

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in Brandenburg 2014

Frage 1: Wie bewerten Sie die bisherige Politik der Brandenburger Landesregierung zur Gleichstellung von Lesben und Schwulen?

SPD, DIE LINKE und **Bündnis 90/Die Grünen** bewerten das Lebenspartnerschafts Anpassungsgesetz von 2012 positiv. Mit dem Gesetz wurden 30 Landesgesetze und Verordnungen geändert; die Gleichstellung bei den besoldungs- und versorgungsrechtlichen Vorschriften erfolgte somit umfassend und rückwirkend zum 01. August 2001 (Inkrafttreten des Lebenspartnerschaftsgesetzes).

FDP und **Bündnis 90/Die Grünen** kritisieren jedoch die unzureichende Finanzierung von Projekten, insbesondere im Bereich der Aufklärungsarbeit.

Die **CDU** nimmt lediglich Bezug auf die fehlende Evaluation bestehender Unterstützungsangebote, ohne dies näher zu spezifizieren.

Frage 2: Werden Sie sich im Bundesrat für die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren und Regenbogenfamilien einsetzen?

SPD, DIE LINKE, FDP und **Bündnis 90/Die Grünen** wollen Bundesratsinitiativen für eine vollständige Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren und Regenbogenfamilien unterstützen, wobei **DIE LINKE, FDP** und **Bündnis 90/Die Grünen** explizit die Öffnung der Ehe fordern. Die **CDU** lehnt die Öffnung der Ehe und die gemeinschaftliche Adoption ab.

Frage 3: Werden Sie sich für die Einführung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Brandenburger Regenbogenfamilien einsetzen?

Bündnis 90/Die Grünen befürworten die Einführung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten, da Regenbogenfamilien für sie Teil des gesellschaftlichen Alltags sind. Die **FDP** spricht sich für den Ausbau von bestehenden Beratungsangeboten aus – wobei es solche Angebote in Brandenburg noch nicht gibt. **SPD** und **DIE LINKE** vermitteln den Eindruck, diese Beratungs- und Unterstützungsangebote würden bereits finanziell gefördert; sie möchten allgemeine Angebote für Familien so gestalten, dass alle Familienformen berücksichtigt werden und gesellschaftliche Anerkennung erfahren.

Die **CDU** möchte gemeinsam mit den Familienverbänden klären, wie Angebote ausgestaltet werden können.

Frage 4: Werden Sie sich in Brandenburg für die Einführung eines Aktionsplanes gegen Homophobie und Transphobie, vergleichbar wie in anderen Bundesländern, einsetzen?

DIE LINKE, FDP und **Bündnis 90/Die Grünen** sind für die Einführung eines Aktionsplanes gegen Homophobie und Transphobie. Die **SPD** möchte bestehende Aktionspläne und Landesprogramme um Maßnahmen gegen Homo- und Transphobie ergänzen. Die **CDU** hat hierzu noch keine eigene Position entwickelt.

Frage 5: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit zum Thema sexuelle Identität an Brandenburger Schulen stärker gefördert wird? Wenn ja, wie?

FDP und **Bündnis 90/Die Grünen** fordern neben einer verbindlichen Implementierung in den Lehrplänen vor allem die Sensibilisierung und Qualifizierung von Lehrkräften.

SPD und **DIE LINKE** verweisen auf bereits bestehende Angebote, wobei **DIE LINKE** eine Weiterentwicklung anstrebt.

Die **CDU** verweist allgemein auf die Erziehung zu Werten und Normen sowie die Erziehungspartnerschaft von Eltern und pädagogischen Fachkräften.

Frage 6: Halten Sie die existierenden Erkenntnisgrundlagen in Brandenburg (z.B. Kriminalitätsstatistik) in Bezug auf homophobe und transphobe Gewalttaten für ausreichend?

DIE LINKE, FDP und **Bündnis 90/Die Grünen** bewerten die Erkenntnisgrundlagen als unzureichend.

Die **CDU** verweist auf das Bundeskriminalamt.

Die **SPD** verweist auf die bereits erfolgende Erfassung von Straftaten mit diskriminierendem Charakter. Eine eigenständige Erfassung homophober und transphober Gewalttaten hält sie vor dem Hintergrund einer Vielzahl von möglichen Diskriminierungsgründen für nicht sinnvoll.

Frage 7: Was wollen Sie gegen vorurteilsmotivierte Gewalt unternehmen? Wie wollen Sie Opfer homophober und transphober Gewalt unterstützen?

FDP und **Bündnis 90/Die Grünen** fordern unter anderem eine Sensibilisierung der Polizei, wobei die **FDP** auf die Erforderlichkeit der Akzeptanz in allen gesellschaftlichen Bereichen hinweist.

DIE LINKE spricht sich allgemein für die Unterstützung von Opfern von homophober und transphober Gewalt aus.

Die **CDU** verweist auf Rechtsgrundlagen gegen Diskriminierung, wie zum Beispiel das Grundgesetz oder das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“.

Die **SPD** hat sich zu dieser Frage nicht geäußert.

Frage 8: Welchen Beitrag zur Rehabilitierung von Menschen, die nach 1945 wegen ihrer Homosexualität Strafverfolgung zum Opfer fielen, wollen sie leisten?

Die **SPD** unterstützt die Rehabilitierung von verfolgten Homosexuellen. **DIE LINKE, FDP** und **Bündnis 90/Die Grünen** fordern zudem eine Entschädigung der Opfer. **DIE LINKE** betont, dass sie sich in Brandenburg für eine Aufarbeitung der Unrechtsgeschichte in Zusammenarbeit mit der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld einsetzen wird.

Die **CDU** bezieht sich lediglich auf Gedenkstättenarbeit, äußert sich aber nicht zu Rehabilitierung.